

# INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

101/19

ZIMBABWE

## Polizeigewalt gegen Proteste

EU-PRÄSIDENTSCHAFT

## Afrika im Fokus

GEDENKKULTUR

## Kriegsveteranen kontra Wissenschaft



# SADOC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

## SADOC

- » **Dokumentation und Bibliothek in  
1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1  
(Öffnungszeiten: Dienstag 14.00-18.00)  
Tel. 01/505 44 84  
Fax 01/505 44 84-7  
www.sadoc.at**
- » **das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA**
- » **monatliche Veranstaltungen: »Forum Südliches Afrika«**
- » **Stadtspaziergänge »Afrikanisches Wien«**
- » **Projekt Jugendzentrum in Soweto**
- » **Nelson Mandela-Tag jeden 18. Juli**

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 30,- (für Institutionen EUR 50,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten.

Das Abonnement von INDABA kostet EUR 18,-.

Abo- oder Mitgliedsbeitrags-Einzahlungen auf unser Konto bei der BA-CA, BLZ 12000, Konto 610 512 006, IBAN AT57 1200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW; Spenden erbeten auf Konto: BAWAG/PSK, BLZ 60000, Kto-Nr. 93.009.960, IBAN AT70 6000 0000 9300 9960, BIC BAWAATWW.

## Offenlegung

INDABA wird herausgegeben vom Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (SADOC) in Wien (ZVR-Zahl 973735397) und bezweckt die Information und Diskussion über Entwicklungen im Südlichen Afrika.

Dem Vereinsvorstand gehören an:  
Mag. Bernhard Bouzek, HK Lydia Dyk, Dr. Astrid Esterlus, Rudolf Koger, Dr. Jakob Krameritsch, Mag. Peter Kuthan, Dr. Johann Muraier, Dr. Birgit Reiter, Univ. Prof. Dr. Walter Sauer.

## ... Leserbeitrag ...

### »Widersprüchliche Zeremonie in Windhoek« in INDABA 99/18

1. Der Vorwurf des OTA-Vorsitzenden Rukoro, nicht zur Übergabezeremonie in Deutschland eingeladen gewesen zu sein, ist nachweislich falsch, er hat dort sogar als einer von vier Traditional Leaders gesprochen. Es gehört zu seiner Politik und der seiner deutschen Unterstützer, immer wieder vermeintliche Skandale zu produzieren, um sich neben seine eigene demokratisch legitimierte Regierung mit an den Verhandlungstisch setzen zu können, was diese aber verständlicherweise ablehnt. Rukoros dahin gerichtete Politik wird von praktisch allen anderen anerkannten Traditional Leaders der Herero abgelehnt, die an den Regierungsverhandlungen konstruktiv teilnehmen.

2. Die damalige deutsche Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul hatte 2004 bei der Gedenkveranstaltung am Waterberg eine Bitte »um Vergebung im Sinne des Vaterunser« ausgesprochen, die von allen Hereroführern ausnahmslos angenommen worden war. Das wird aber seit vielen Jahren besonders von deutschen Unterstützerguppen des Rukoro-Sonderweges interessengeleitet wegdiskutiert.

3. Es ist für jeden, der sich zu dem Thema einschlägig informiert, seit geraumer Zeit erkennbar, daß zum Ziel der offiziellen Regierungsverhandlungen zwischen Deutschland und Namibia auch eine Entschuldigung durch den Bundespräsidenten gehören soll. Wenn jetzt immer noch von bestimmten deutschen Kreisen ständig über eine noch immer ausstehende Entschuldigung lamentiert wird und sie jedem Offiziellen, der zu dem Thema spricht, es ankreiden, wenn sie dem Abschluss der Verhandlungen und damit dem Bundespräsidenten nicht vorgreifen und keine explizite Entschuldigung aussprechen, dann ist das nicht sachgerecht und kann nur als innenpolitische Agitation verstanden werden, nicht als hilfreiche Begleitung des Verhandlungs- und Versöhnungsprozesses.

Klaus A. Hess

*Präsident der Deutsch-Namibischen Gesellschaft (DNG)*

**3** Zimbabwe 2019

Eine radikale Benzinpreiserhöhung und fortschreitende Inflation führten zu Sozialprotesten und eskalierender Polizeigewalt, berichtet Daniel Stögerer



**Motlanthe zu Polizeigewalt in Zimbabwe** 4

**11** Geister der Vergangenheit

Josef Pampalk sprach mit Michael Lapsley über das Institute for the Healing of Memories

**Vor Parlamentswahlen in Südafrika** 14

**Hemma Tengler zur Lage in Moçambique** 16

**18** Europäische Union

Bundeskanzler Kurz lud zu einem Afrika-Gipfel nach Wien. Aber was nun? Eine Einschätzung von Georg Lennkh

**Kolumne von Adalbert Krims** 19

**20** Kriegsveteranen und Wissenschaft

Widersprüche bei der Umgestaltung eines Massengrabs aus dem rhodesischen Bürgerkrieg zu einem Memorial. Von Njabulo Chipangura

**Nachruf auf Oliver Mtukudzi** 27

IMPRESSUM: **Herausgeber und Medieninhaber (Verleger):** Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). E-Mail: office@sadocc.at URL: http://www.sadocc.at. **Druck:** Medienfabrik Wien (1050 Wien). **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Dechant Grafische Arbeiten. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Njabulo Chipangura, Christa Hager, Joe Hanlon, Adalbert Krims, Peter Kuthan, Georg Lennkh, Tania Napravnik, Josef Pampalk, Thomas Roithner, Daniel Stögerer, Hemma Tengler, Walter Sauer, VIDC. **Fotos:** Njabulo Chipangura, Astrid Esterlus, Peter Kuthan, Kerstin Lahr, ÖVP, SADOCC, www. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 8. März 2019. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW; **Spenden** erbeten auf Konto: BAWAG/PSK, IBAN AT70 6000 0000 9300 9960, BIC OPSKATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Johann Gattringer; Ingeborg Grau; Helmuth Hartmeyer; Peter Jankowitsch; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Adalbert Krims; Shula Marks, London; Kirsten Rüter; Godwin Schuster.



# Shutdown 2019

*Zimbabwe erlebte im Frühjahr einen dreitägigen Generalstreik und eskalierende Demonstrationen, welche die Exekutive mit scharfer Munition beantwortete. Hintergründe und Folgen sind weitreichend. Ein Überblick von Daniel Stögerer.*

**N**iemals wieder ...« – Präsident Mnangagwas Worte hallten durch die Ränge, 60.000 Menschen saßen in Harares *National Sports Stadium* versammelt – »Niemals wieder soll es den Umständen, welche Zimbabwe zu seiner benachteiligten Position verhalten, erlaubt sein zurückzukehren.« Ganz Zimbabwe jubelte ihm zu, als er am 24. November 2017, geschmückt mit Orden und Schärpen, das Amt seines weggeputschten Parteigenossen Robert Mugabe übernahm (INDABA 99/18). Ganz Zimbabwe sah ihm zu, lauschte seinen Versprechen von wirtschaftlichem Aufschwung und sozialer Sicherheit.

Und ganz Zimbabwe bezeugte schließlich sein Scheitern, als nach nicht einmal einem Jahr Menschen im Protest um die »harmonisierten Wahlen 2018« ihr Leben ließen. Eine erste Wiederholung jener bei Amtsantritt verdammt Umstände. Die zweite erfolgte im Jänner dieses Jahres.

**a**llerdings ginge es zu weit, alle Verkündungen des Präsidenten Lügen zu strafen. Tatsächlich legt die regierende ZANU-PF seit dem Machtwechsel eine deutlich veränderte Außenpolitik an den Tag. Anders als Mugabe, der auf wirtschaftliche Hiobsbotschaften wie die US-Sanktionen oder die Suspendierung aus dem *Commonwealth of Nations* mit



*Große Enttäuschung über Mnangagwa*

politischer Isolation und Schuldzuweisungen reagierte, versucht das gegenwärtige Regime mittels Dialog und Eingeständnissen das Vertrauen des Westens wiederzuerlangen. Unter dem Motto »Zimbabwe is open for business« sucht Mnangagwa im Zuge seiner Staatsbesuche den Kontakt zu potentiellen Investoren und Bürgern in der Diaspora, die er euphorisch zur Mitarbeit am Wiederaufbau der Nation auffordert.

Allerdings täuscht der nach außen hin gelebte Wandel schwerlich über die prekäre innere Situation Zimbabwes hinweg. Die *Bond Notes*, welche man infolge andauerndem Devisenmangels als Parallelwährung für den

US-Dollar in Umlauf brachte, büßen seit ihrer Einführung 2016 beständig an Wert ein – sehr zum Leidwesen der Unternehmer Zimbabwes.

Denn diese müssen Importgüter mit immer spärlicher vorhandenen US-Dollars bezahlen, während sie im Inland nur innerstaatlich gültige und zunehmend wertlose Bond Notes erwirtschaften. Die Folge: Versorgungsgänge und Preisanstieg. Im vergangenen Oktober gingen Bilder von leeren Supermarktregalen durch Zimbabwes Medien. Nahrungsmittel wie Brot und Speiseöl erlebten radikale Verteuerungun-

**Pseudo-  
Währung  
unter  
Druck**



# unverhältnismäßig



Polizei vor dem Einsatz, im Hintergrund ein Wahlplakat der Opposition

Vor allem während der Anhörungen in Bulawayo registrierte die Kommission anhaltende Beschwerden gegen die Gukurahundi-Massaker der 1980er Jahre im Matabeleland, bei denen 20.000 Menschen getötet worden sein sollen. Während dies der ehemalige Präsident Robert Mugabe mit einem Kampf gegen Dissidenten rechtfertigte, werfen die Bewohner/innen dieser Region Mugabe ethnische Säuberungen gegen die ndebele-sprechende Minderheit vor.

In ihren Empfehlungen betreffend die Gewaltwelle nach den Wahlen 2019 tritt die Motlanthe-Kommission für eine Entschädigung für die Opfer und die Ermordeten ein. In den Fällen, in denen sich unter den Hinterbliebenen Kinder befinden, müßten diese dringend mit Schulgeld und anderen Sozialleistungen unterstützt werden. Darüber hinaus fordert die Kommission eine verbesserte Registrierung politischer Parteien sowie eine gründliche Überprüfung der Gesetzeslage, um künftig Haßreden und Anstiftung zu Gewalt auszuschließen.

Das Parlament solle darüber hinaus über eine Änderung der Wahlgesetze nachdenken, um die Zeit zu verkürzen, innerhalb derer die Wahlergebnisse bekannt gegeben werden müssen (derzeit fünf Tage). Es wird eine Mehrparteieninitiative vorgeschlagen, um nationale Heilung zu gewährleisten.

Dem Aufruf wurde eifrig Folge geleistet. Etwas zu eifrig, denn obgleich Pastor Mawarire in seinen Tweets wiederholt auf die Bedeutung friedlicher Proteste hinwies, kam es in den Streikzentren Harare, Bulawayo, Chitungwiza und Kadoma zu massiven Ausschreitungen. Demonstranten blockierten Straßen, plünderten Supermärkte und steckten Fahrzeuge in Brand. Die Antwort der großflächig ausrückenden Exekutive lautete vorerst Tränengas. Breite Kritik am ungeordneten Ablauf der Einsätze bestätigt unter anderem eine (versehentliche) Tränengasattacke auf Bulawayos Bürgermeister Solomon Mguni.

**Lebens-  
unterhalt  
nicht mehr  
leistbar**

Am zweiten Tag des inzwischen »Shutdown 2019« getauften Streiks legte die Regierung alle Internetdienstleistungen im Land lahm. Offiziell, um den Organisatoren der Ausschreitungen das Handwerk zu legen. Das Ausbleiben kritischer Berichterstattung stellte wohl lediglich einen positiven Nebeneffekt dar.

Wie dem auch sei, tags darauf funktionierte das Internet wieder, und das Land erfuhr einerseits von der Verhaftung Pastor Mawaires unter dem Vorwurf der Gewaltanstiftung, andererseits vom erschütternden Ergebnis der Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei, die im Laufe der Proteste Verstärkung vom Militär erhalten hatte.

Die unabhängige Tageszeitung *Daily News* veröffentlichte Daten zu Menschenrechtsverletzungen während der drei Streiktage: 242 Fälle von Körperverletzung, 78 Schußverletzungen und zwölf Tote. Die Dunkelziffer ist natürlich schwer auszumachen. »Open for business« sieht anders aus.

dem Shutdown folgten unruhige Wochen. Kurz nach Streikende wurde das Internet erneut lahmgelegt. Die vollständige Wiederherstellung brauchte vier Tage und ein Urteil des obersten Gerichtshofs gegen Sicherheitsminister Owen Ncube. Selbst die staatseigene Tageszeitung *The Herald* berichtete über den Fehltritt des Ministers, obgleich sie das Verhalten der Regierung in nahezu jedem anderen Artikel kritiklos rechtefertigt.

Eine regimetreue Abneigung gegenüber der Oppositionspartei *Movement for Democratic Change (MDC)* zieht sich durch die staatliche Berichterstattung. »MDC-Gewalt hinterläßt Spur der Verwüstung«, betitelte der Herald einen Artikel vom 15. Jänner. Laut Regierungssprecher George Charamba sei die ZCTU überhaupt ein Handlanger der MDC, da ihm die Existenz einer Arbeiterbewegung in einem Land mit über 80-prozentiger Arbeitslosenquote fragwürdig erscheine. Dem möge man nüchtern entgegenhalten, daß ebendiese Arbeiterbewegung in den Achtzigern von seiner eigenen Partei (ZANU-PF) gegründet worden ist. Charamba schießt allerdings noch weiter übers Ziel hinaus und gibt dem globalen Westen die Schuld an den Demos. Diese seien nämlich Teil einer Verschwörung und zielen auf »eine Umformung der Politik des afrikanischen Kontinents ab, um sie für westliche imperialistische Interessen nützlich zu machen«, erklärte er dem Herald gegenüber. Die Argumentationsweise birgt traurige Parallelen zu jener des Mugabe-Regimes.

Mit der Begründung, die Demonstranten seien also Werkzeuge der intriganten MDC (und diese wiederum des Westens), begannen in den folgenden Wochen Verhaftungswellen



Leere Straßen: Harare im Generalstreik

gegenüber vermeintlichen Hooligans, Aufrührern und MDC-Politikern. Zahlreiche Parlamentsabgeordnete tauchten unter, ZCTU-Funktionäre, darunter Präsident Peter Mutasa, wanderten ebenso wie Führer diverser Berufsvertretungen ins Gefängnis. Beobachter kritisierten die Vorgehensweise in der Fahndung von vermeintlichen Hooligans, die scheinbar nicht mittels konkreter Beweise, sondern großflächig via Profiling erfolgte. Medienberichte sprachen von hunderten Verhaftungen. Nachdem Pastor Mawarire gegen Kautionsfreikam, erklärte er in einem Video sein Mitgefühl für die im Gefängnis Zurückgebliebenen. Unter ihnen seien zahlreiche Minderjährige.

Während also Polizei und Militär weiterhin die Straßen bevölkerten, sickerten allmählich kritische Zeugenberichte an die Öffentlichkeit. Vorwürfe von Hausplünderungen durch das Militär wurden laut, und Frauen bekannten sich dazu, von Soldaten vergewaltigt worden zu sein. Militärsprecher beteuerten nach wie vor die Disziplin der Einsatzkräfte.

Einen Schritt in die richtige Richtung machte Rundfunkministerin Monica Mutsvanga, indem sie alle Opfer dazu aufforderte, Übergriffe an die Polizei zu melden.

Internationale Kritik blieb nicht aus. Depose Muchena, Regionaldirektor von *Amnesty International*, forderte die Regierung auf, die

Menschenrechtsverletzungen durch die Exekutivkräfte zu beenden.

US-Politiker und UN-Vertreter traten mit ähnlichen Forderungen an die Öffentlichkeit. Der britische Außenminister Jeremy Hunt bat Präsident Mnangagwa in einem

Twitter-Post, »die Uhr nicht zurückzudrehen.« Labour-Party-Parlamentsabgeordnete Kate Hoey verurteilte angesichts »systematischer Mißhandlungen und tatsächlicher Folter« die guten Beziehungen der britischen

Botschaft in Harare mit der ZANU-PF sowie die voreilige Rücksendung von Zimbabwern durch das britische Innenministerium infolge des Regimewechsels 2017. Zimbabwes angestrebte Wiederaufnahme in den Commonwealth rückt in weite Ferne.

Unerwartete Fürsprache erhielt die Regierung von Südafrikas Präsidenten Cyril Ramaphosa. Nachdem die südafrikanische Oppositionspartei *Democratic Alliance* mit einer Einschaltung des Internationalen Gerichtshofes gedroht hatte, sollte Ramaphosa sich weiterhin nicht zu den Menschenrechtsverletzungen in Zimbabwe äußern, sprach sich dieser bei einer

## Brutaler Militäreinsatz

Konferenz der von der *International Labour Organisation* eingerichteten *Global Commission on the Future of Work* in Genf für eine Aufhebung der seit Jahren gegen Zimbabwe verhängten Sanktionen aus. »Sie befinden sich auf einem Weg der Demokratie und einem Weg wirklicher Genesung«, so Ramaphosa in Bezug auf Zimbabwe. Mehrere MDC-Politiker und Rechtsanwälte in Zimbabwe kritisierten seine Darstellung.

Die Kritiker im Inland einte eine klare Forderung: Kirchliche Verbände, NGOs, Vertreter der chinesischen Botschaft und prominente Persönlichkeiten wie der ehemalige Kriegsveteranenminister Tshinga Dube sprachen sich für einen inklusiven, nationalen Dialog aus. Quasi ein runder Tisch, an dem politische Parteien gemeinsam mit kirchlichen und profanen Organisationen über die Zukunft des Landes diskutieren können. Und tatsächlich: Nach seiner Heimkehr am 21. Jänner rief Mnangagwa via Twitter alle Parteien, religiöse und zivile Führer dazu auf, ihre Differenzen beiseite zu legen und zusammenzukommen. Ein positives Echo ging durch die Medien, und auch MDC-Oppositionsführer Nelson Chamisa begrüßte das Statement.

Mnangagwa selbst legte seine Differenzen allerdings klar und deutlich an den Tag anstatt zur Seite. Beim Begräbnis des zum Nationalhelden erklärten Musikers Oliver Mtukudzi im National Sports Stadium verwehrte das Sicherheitspersonal Nelson Chamisa den Eintritt. Angeblich aus Sicherheitsgründen.

Dem symbolischen Akt folgte Mnangagwas Auflage für das Zustandekommen eines Dialogs: Chamisa müsse die Legitimität seiner Präsidentschaft anerkennen. Dieser



Emmerson Mnangagwa und Nelson Chamisa: Dialog der Kontrahenten?

bestreitet nämlich die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl im Vorjahr, welche Mnangagwa knapp für sich entschieden hatte. Interessanterweise ließ der Präsident die Auflage bald darauf wieder fallen und lud alle Parteichefs des Landes am 6. Februar zum Dialog nach Harare ins State House. 21 der 23 geladenen Persönlichkeiten erschienen und diskutierten über die politischen und ökonomischen Probleme des Landes. Staatliche Medien priesen das Treffen als großen Erfolg an. Vermutlich, weil Chamisa nicht gekommen war. Kritik und Schlagzeilen folgten seinem Boykott. Tags darauf erklärte Chamisa in einer Rede beim *National Leaders Breakfast Prayer Meeting*, einer vom *Zimbabwe Council of Churches* organisierten Austauschplattform (die wiederum Mnangagwa boykottierte), daß er jederzeit bereit sei, mit dem Präsidenten zu sprechen, allerdings müsse der Dialog von einer neutralen Organisation und nicht von der Regierung selbst ausgetragen werden. Er wolle kein Gast einer »Tea Party« sein, wie es sein Pressesprecher in einem Interview formulierte.

## Stille Revolutionäre

Zimbabwe Situation duldet kein parteipolitisches Geplänkel, schon gar nicht in einer derart kindischen Art und Weise. Beide Seiten müssen zu Eingeständnissen fähig sein, um gemeinsam an nachhaltigen Lösungen arbeiten zu können. Vernunft beweist in diesen Tagen allein die Bevölkerung des Landes.

Die Menschen wünschen Veränderung und tragen diesen Wunsch an die Öffentlichkeit. Einzelne Berufsgruppen wie die Lehrerschaft üben mit Streiks weiterhin Druck auf die Regierung aus. Frauen tragen schwarze Kleidung in Solidarität mit den Vergewaltigungsoptern des Shutdown. Zimbabwes Bürger sind keine biederen Landsleute. Sie sind stille Revolutionäre.

Daniel Stögerer ist Pressereferent der gemeinnützigen Organisation *Promise Foundation Austria (PFAU)*, die Schulkinder in Zimbabwe unterstützt. Infos zu PFAU, Projekten und Patenschaften können unter [www.pfau-verein.org](http://www.pfau-verein.org) oder auf [www.facebook.com/pfau-verein.org](https://www.facebook.com/pfau-verein.org) nachgelesen werden.



Hafen nutzen. Außerdem gab es dort nach dem Beginn des Afghanistankriegs ein Geheimgefängnis, in dem 2002/03 des Terrorismus verdächtige Personen festgehalten, verhört und gefoltert wurden.

Schon 1998 hatten sich Chagosianer, die in Großbritannien leben, an ein Gericht gewendet, um für die Vertreibung entschädigt zu werden und wieder auf Diego Garcia zurückkehren zu können. Der *High Court of Justice* urteilte, daß die Vertreibung illegal war. Die britische Regierung schritt dagegen ein, es entwickelte sich ein langer Rechtsstreit. Eine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte blieb erfolglos. 2017 beauftragte die UN-Vollversammlung mehrheitlich den Internationalen Gerichtshof mit einem beratenden Urteil (*advisory opinion*). Erwartungsgemäß stimmten Großbritannien und die USA, aber auch Australien, Neuseeland und Frankreich dagegen, die meisten EU-Länder, auch die BRD, enthielten sich der Stimme.

Am 25. Februar 2019 verkündete der Internationale Gerichtshof seine mit 13:1 Stimmen getroffene Entscheidung, derzufolge die Annexion der Chagos-Inseln völkerrechtlich illegal ist. Die britische Regierung wird aufgefordert, die Inseln an Mauritius zurückzugeben. Die Meinung des ICC ist zwar rechtlich nicht bindend, hat aber einen hohen symbolischen Wert und könnte – wie seinerzeit im Fall Namibias – zu einem politischen Verfahren gegen Großbritannien führen. London sprach in einer ersten Reaktion davon, der Stützpunkt auf dem *British Indian Ocean Territory* sei notwendig, um »die Menschen in Großbritannien und auf der ganzen Welt gegen terroristische Bedrohungen, organisierte Kriminalität und Piraterie zu schützen«. Auf Mauritius hingegen

wurde die Entscheidung des Gerichts als »historisch« gefeiert. Ministerpräsident Pravinj Jugnauth gab der Hoffnung Ausdruck, Großbritannien würde die Entscheidung anerkennen und die »Dekolonialisierung von Mauritius schnellstmöglich« umsetzen. Der Stützpunkt könnte unter veränderten Bedingungen bleiben.

**Südafrika: Israel-Kritik nicht antisemitisch.** Anfang Dezember 2018 gab der *Supreme Court of Appeals* einer Klage des *Congress of South African Trade Unions (COSATU)* statt, der gegen seine Verurteilung durch den *Equality Court* Berufung eingelegt hatte.

Die Verurteilung war aufgrund einer Klage des *SA Jewish Board of Deputies*, der Lobby des Staates Israel, erfolgt, die gegen den Gewerkschaftsbund und seinen Internationalen Sekretär Bongani Masuku wegen angeblichem Antisemitismus und Haßrede geklagt hatten. Mit dem nunmehrigen Urteil des Höchstgerichts ist klagestellend, daß Kritik am Staat Israel nicht mit Antisemitismus gleichgesetzt werden dürfen.

Von COSATU wurde das Urteil begrüßt. »Es handelte sich um einen Versuch, die Unterstützungsbewegung für die Freiheit des palästinensischen Volkes in Südafrika zum Schweigen zu bringen, und zugleich sollten internationale Solidarität, Meinungsfreiheit und der Kampf um Würde und Gerechtigkeit für alle blockiert werden. Angesichts der extremen Barbarei Israels gegen das palästinensische Volk werden wir nie schweigen. Die ruchlosen Massaker an unschuldigen Kindern und Frauen in Gaza stehen für eine kolonialistische und rassistische Apartheidpolitik der Okkupation Palästinas.«

In Beantwortung einer Anfrage der *Democratic Alliance* erklärte weiters Präsident Ramaphosa am 7. März, Südafrika würde die Herabstufung seiner Botschaft in Israel bzw. die Rückberufung des Botschafters nicht zurücknehmen. Diese Maßnahmen, die im Mai 2018 getroffen wurden, seien »aufgrund der anhaltenden Verletzung der Rechte des palästinensischen Volkes und der Weigerung der Regierung in Israel, in ernsthafte Verhandlungen einzutreten« erfolgt.



Solidaritätsmarsch der Metallgewerkschaft NUMSA



# Südafrika: Nicht im Frieden mit sich selbst

## An die Vergangenheit erinnern, ohne ihr Gefangener zu sein

*Der anglikanische Priester Michael Lapsley, ein geborener Neuseeländer, zählt in Südafrika zu den bekanntesten Kämpfern gegen die Apartheid – und zu den bedeutendsten Vertretern der Versöhnungspolitik. Er selbst wurde 1990 Opfer eines Briefbombenanschlags und verlor dabei beide Hände und ein Auge. Im Interview mit Josef Pampalk spricht er über seine Abkehr vom Pazifismus und über die Wunden der Vergangenheit.*

*Was waren Ihre Motive, als anglikanischer Priester dem ANC beizutreten?*

Als ich in Südafrika ankam, hörte ich auf, ein »Mensch« zu sein. Ich wurde ein »Weißer«. Jeder einzelne Aspekt meines Lebens wurde durch meine Hautfarbe bestimmt, nicht durch mein Menschsein. Meine Beteiligung am Befreiungskampf bedeutete für mich daher auch, mein Menschsein in Solidarität mit den schwarzen Menschen, die für ihre elementaren Menschenrechte kämpften, wiederzuerlangen.

Was meine Entscheidung als Priester betrifft, so unterschied ich zwischen einem Beitritt zu einer nationalen Befreiungsbewegung und dem Beitritt zu einer politischen Partei. Darüber hinaus war der Kampf im südafrikanischen Kontext auch ein theologischer Kampf: Der Apartheidstaat rechtfertigte sich theologisch, sogar in seiner letzten Verfassung forderte er göttliche Führung.

Und so kam ich zu dem Schluß, daß die Ziele des ANC – nämlich eine nichtrassistische, nichtsexistische und demokratische Gesellschaft – im Einklang mit den Werten des Evan-

geliums standen. Allerdings war ich ein engagierter Pazifist. Das änderte sich jedoch 1976 durch das Massaker an den Schülern von Soweto. Ich wurde davon überzeugt, daß der bewaffnete Kampf in unserem Kontext und mit unserer Geschichte moralisch legitimiert und gerechtfertigt war. Das Apartheid-Regime war für mich moralisch unrechtmäßig, der ANC hingegen der moralisch legitimierte Vertreter des südafrikanischen Volkes.

*Sie wurden vom Apartheid-Terror-Regime nicht nur vertrieben, sondern sie wurden auch Opfer seines Terrors. Wie haben Sie persönlich reagiert?*

Da ich auf der Abschußliste der südafrikanischen Regierung stand, hatte ich bereits einige Jahre bewaffnete Wachen in meinem Haus. Als die Briefbombe explodierte, wußte ich sofort, daß das Apartheid-Regime mich erwischt hatte. Ich hatte aber auch das Gefühl, daß Gott bei mir war.

Wenn man seine Hände verliert, ist das so, als würde man einen geliebten Menschen verlieren. Ich bin zwar nicht von Trauer erfüllt, dennoch



*Michael Lapsley 2015 bei seinem Besuch in der SADOCC-Bibliothek (mit Magdalena Waygand)*

ist sie ein fester Bestandteil meines Lebens. Die Briefbombe, die mir geschickt wurde, sollte mich töten. Aber ich lebte. Sie hatten verloren und ich hatte gewonnen. Es geht darum, diesen Sieg anzunehmen.

*Welches sind die größten Probleme, mit denen Sie konfrontiert sind?*

Als Nation stehen wir vor riesigen Herausforderungen wie Armut, Arbeitslosigkeit, Ungleichheit und Korruption. Darüber hinaus haben wir weltweit hinsichtlich der Verteilung des Wohlstands die größte Ungleichheit. In einem solchen Kontext können wir mit uns selbst nicht in Frieden sein.

## Michael Lapsley und das IHOM

Lapsley zählt zu den bekanntesten Anti-Apartheid-Kämpfern. Im April 1990 kam er durch eine Briefbombe fast ums Leben, er verlor beide Hände und ein Auge. In seiner 2014 erschienenen Autobiografie (dt.: *Mit den Narben der Apartheid: Vom Kampf für die Freiheit zum Heilen traumatischer Erinnerungen*, 2014) erzählt er unter anderem von diesem schrecklichen Ereignis sowie davon, wie er diese traumatische Erfahrung für die Heilung von traumatisierten Menschen weltweit nutzen konnte.

1998 gründete Lapsley in Kapstadt das *Institute for the Healing of Memories (IHOM)*. Nelson Mandela pries Lapsleys Autobiografie als eine beeindruckende Metapher: »Ein Fremder, der in unser Land kam und eine grundlegende Verwandlung durchlebte. Sein Leben spiegelt die Komplexität der vielen langen Reisen und Kämpfe unseres Volkes wider«.

Geboren wurde Michael Lapsley 1949 in Hastings in Neuseeland. Im Alter von siebzehn Jahren trat er in den anglikanischen Orden *Society of the Sacred Mission (SSM)* ein, Anfang der 1970er Jahre wurde er zum Priestertum berufen. 1973 setzte er sein Studium in Durban fort, wo er später als Kaplan für alle Studierende an den Universitäten arbeitete, außerdem setzte er sich für Schulkinder ein.

Im September 1976 wurde Lapsley des Landes verwiesen. Er ging nach Lesotho, trat dort dem ANC bei und wurde Kaplan in der Befreiungs-



Trauma Centre for Victims of Violence and Torture  
([www.healing-memories.org](http://www.healing-memories.org))

bewegung. Anfang der 1980er Jahre zog er nach Zimbabwe. 1990, drei Monate nach der Freilassung von Nelson Mandela, wurde ihm vom *Civil Cooperation Bureau*, dem südafrikanischen Militärgeheimdienst, eine Briefbombe geschickt. Durch die Explosion verlor Lapsley seine Hände und ein Auge.

Nach seiner Genesung kehrte Lapsley nach Südafrika zurück, 1993 wurde er in Kapstadt Kaplan des *Trauma Centre for Victims of Violence and Torture*. Das Zentrum unterstützte die Arbeit der südafrika-

nischen Wahrheits- und Versöhnungskommission und war Grundlage für das 1998 ebenfalls in Kapstadt gegründete Institute for the Healing of Memories (IHOM), dem er seither als Direktor vorsteht.

Die Arbeit des Instituts gründet auf drei Eckpfeilern: Prävention, Heilung und Empowerment. Es bietet eine Plattform für alle Menschen, die ihre traumatischen Erlebnisse teilen und dabei mit Mitgefühl und Wertschätzung angehört werden wollen. Der Fokus hat sich seit der Gründung nicht nur thematisch erweitert, sondern auch auf neue Zielgruppen ausgedehnt: In den Workshops und bei den Veranstaltungen können alle Menschen egal welcher Herkunft, Religion und sozialem Status ein besseres Verständnis von sich selbst und voneinander bekommen. Ziel des IHOM ist es, zu einer dauerhaften individuellen und kollektiven

Heilung beizutragen und damit einen Beitrag für eine friedlichere und gerechtere Zukunft zu schaffen.

Von 24. bis 26. Juni 2019 veranstaltet das Institut in Kapstadt eine internationale Konferenz zum Thema »Heilung und Gerechtigkeit«. Mittels Fallstudien und persönliche Erfahrungsberichte soll gezeigt werden, inwieweit die »Reisen zur Heilung« für eine transformative Gerechtigkeit wichtig sind.

Christa Hager

Es gibt auch viele Hinweise darauf, daß wir immer noch eine traumatisierte Nation sind. Die Wahrheits- und Versöhnungskommission gab uns einen riesigen Vorsprung für die Reise zwischen den Generationen im nationalen Heilungsprozeß. Doch nachdem die Kommission vorüber war, haben wir die Arbeit für Wahrheit und Versöhnung nicht ausreichend weitergeführt. Diese liegt in der Verantwortung eines jeden Bürgers und eines jeden Bereichs der Gesellschaft.

*Was sind die größten Hindernisse und die größten Möglichkeiten Ihrer Arbeit?*

Es gibt ein frisches Bewußtsein in Südafrika, daß wir tatsächlich ein verletztes und verwundetes Volk sind. Diese Erkenntnis schafft neue Möglichkeiten zu heilen.

Präsident Ramaphosa hat diese Wunden der Nation sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, was dazu beiträgt, die Heilung der Nation wieder auf die nationale Agenda zu setzen. In unserem Institut, dem Institute for the Healing of Memories, konzentrieren wir uns auf die psychologischen, emotionalen und spirituellen Auswirkungen der Vergangenheit. Diese Arbeit muß als Ergänzung zu den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Aspekten betrachtet werden. Oft liegt das Gift nicht in dem, was wir über die Vergangenheit denken, sondern in dem, was wir bezüglich der Vergangenheit fühlen. Aus diesem Grund ist es wichtig, daß Menschen sich emotional ausdrücken und sich entgiften.

*Gibt es Erkenntnisse, die auch für andere Länder von Bedeutung sein können? Moçambique zum Beispiel etwa ist immer noch traumatisiert und gespalten. Was könnte Ihrer Meinung nach den Moçambikanern helfen?*

Damit ein Land heilen kann, muß es zunächst zugeben, daß es verwundet ist. Die Frage, die wir stellen müssen, lautet daher: Wie hat uns die Vergangenheit beeinflusst und infiziert? Die Versuchung besteht darin, die Vergangenheit zu begraben und zu vergessen. Doch das hat noch nirgends funktioniert. Alles deutet darauf hin, daß die nicht verheilten Wunden der Vergangenheit wiederkommen, daß sie uns beißen – als Individuen, als Gemeinschaften oder als Nationen. Wir müssen uns an die Vergangenheit erinnern, ohne ihre Gefangenen zu sein.

Menschen aus den verschiedensten Teilen der Welt fragen sich oft, ob in ihren Ländern eine Wahrheits- und Versöhnungskommission nötig ist. Die wichtigere Frage diesbezüglich betrifft jedoch den Umgang mit der Vergangenheit. Wurde die moralische Ordnung überschritten, ist es nämlich wichtig, daß dies nach Möglichkeit auch anerkannt und entschuldigt wird. Und soweit es möglich ist, muß die ganze Nation ein umfassendes Bild davon haben, was in der Vergangenheit passiert ist – vor allem, was versteckt geschehen ist. Denn das Aufspüren davon, was wirklich passiert ist, wird über Generationen hinweg getragen und verändert die Art und Weise, wie die Leute sich gegenseitig sowie das, was passiert ist, sehen.

Es kann zwar zwischen Kolonialismus und denjenigen, die dagegen gekämpft haben, keine moralische Gleichstellung geben. Doch das bedeutet nicht, daß nicht auch die Befreier die moralische Ordnung überschritten haben, als sie für die Freiheit kämpften. Und seit der Unabhängigkeit sind natürlich neue Wunden entstanden, die ebenfalls versorgt werden wollen.

## **Südafrika ratifiziert Atomwaffenverbotsvertrag**

Am 25. Februar hinterlegte der Ständige Vertreter Südafrikas bei den Vereinten Nationen, Jerry Matthews Matjila, die Ratifizierungsurkunde des Atomwaffenverbotsvertrags im UN-Hauptquartier in New York. Damit ist der Ratifizierungsprozeß in Südafrika abgeschlossen, und damit ist auch erstmals eine ehemals Atommacht Mitglied des wichtigen Vertragswerks.

Der Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons (TPNW) wurde am 7. Juli 2017 von 122 Staaten beschlossen (INDABA 95/17). Neben Südafrika hatte sich auch die österreichische Außenpolitik vehement für sein Zustandekommen eingesetzt. Das Vertragswerk, das auf einer UN-Resolution von 1946 (!) aufbaut, verbietet die Entwicklung, Fertigung, Stationierung, Aneignung, Lagerung, Einsatz sowie den Transit von Atomwaffen, ebenso die Androhung eines Atomschlags.

Ziel ist die komplette Vernichtung der militärischen Nuklearpotentiale. Die Überwachung soll im Rahmen von Sicherheitsabkommen durch die Atomenergiebehörde (IAEA) in Wien erfolgen.

Der Vertrag tritt jedoch erst 90 Tage nach Hinterlegung der 50. Ratifikationsurkunde in Kraft, und deshalb ist öffentlicher Druck auf nationaler Ebene wichtig, um möglichst viele Regierungen zur Annahme der Konvention zu bringen. Laut Aufstellung der Vereinten Nationen (<http://disarmament.un.org/treaties/t/tpnw>) haben derzeit 70 Staaten den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag beschlossen, 22 haben die Ratifikationsurkunde bereits hinterlegt, darunter eben auch Südafrika.



die soziale Frage immer herausfordernder erschien), und die Opposition nahm wegen des Zugewinns der EFF zwar an Bedeutung zu, war aber noch überschaubar. Fast zwei Drittel des Elektorats gaben ihre Stimme für die ehemalige Befreiungsbewegung ab (INDABA 82/14).

Heuer ist die Lage vollkommen anders: Unter der Bevölkerung ist Politikverdrossenheit weit verbreitet, die Zahl derer, die sich für die Wahlen nicht einmal registrierten (das war schon 2014 ein Thema), hat mit mehr als sechs Millionen Menschen ihren bisherigen Höhepunkt erreicht. Welche wahlwerbende Gruppe davon profitieren wird, ist unter den Demoskopen ein großes Thema.

Vielfach sind die demokratischen Institutionen, so das Parlament, ebenso wie die politischen Parteien diskreditiert, Politiker/innen gelten pauschal als korrupt – was für viele ja auch zutrifft, auch für die Populisten der EFF –, und politische Loyalitäten haben selbst unter Stammwähler/innen wesentlich abgenommen, insbesondere im ANC.

Es verwundert daher nicht, daß es nicht die Wahlprogramme der Parteien sind, die auf Interesse stoßen. Wesentliche Themen wie die kontroverse Landreform, die von Ramaphosa ins Spiel gebrachte Verstaatlichung der Nationalbank, Fragen der Raumordnung – die zwecks Sanierung der Elendsviertel reformiert werden müßte – oder Wege zur Bewältigung der sozialen Krise sind in den Hintergrund getreten.

Eusebius McKaiser vom *Mail & Guardian* brachte die Stimmung vielleicht auf den Punkt: »Wähler/innen sind der Versprechungen, die der ANC ihnen alle fünf Jahre auftischt, müde. Versprechungen können wir nicht essen. Von Nelson Mandela bis



Präsident Ramaphosa:  
Zieht der Saubermann-Effekt?

*Jacob Zuma hat noch jeder angekündigt, genügend Jobs zu schaffen, um unsere berüchtigt hohe Arbeitslosenquote zu reduzieren. Warum sollen wir heuer glauben, unter einer ANC-Regierung würden jährlich 275.000 neue Arbeitsplätze geschaffen? Genau hier liegt das Glaubwürdigkeitsdefizit des ANC.*« (18. Jänner 2019).

Mehr als die Wahlmanifestos finden Personalien Interesse, etwa die Listen der vom Parteivorstand abgeseigneten Kandidat/inn/en. Zumindest wegen Korruption gerichtlich verurteilte Personen wurden ausgeschlossen. Diskreditierte Politiker/innen wie die frühere Sozialministerin Babathila Dlamini, die fast den Ruin der Sozialversicherung verursacht hätte, finden sich aber nach wie vor prominent auf der Liste. Der in hunderten Fällen der Korruption angeklagte und in »state capture« verwickelte frühere Präsident Zuma tritt gemeinsam mit Ramaphosa bei Wahlveranstaltungen auf – offenbar die Gegenleistung für seinen Verzicht auf die Gründung einer eigenen Partei.

Unter Beobachtern des politischen Systems gibt es zwar durchaus Anerkennung für die Leistungen, die Präsident Ramaphosa in seiner bisherigen kurzen Amtszeit aufzuweisen hat. Ob sein »Saubermann-Image« in der Öffentlichkeit ziehen wird, ist eine andere Sache. Zwar wurden mehrere prominente (Zuma-nahe) Funktionäre, die von Untersuchungskommissionen der Korruption überführt worden waren, entlassen, etwa der seinerzeit von den Gupta-Brüdern favorisierte Steuerkommissar Tom Moyane oder Generalstaatsanwalt Shaun Abrahams; auch die Wirtschaftspolizei Hawks erhielt einen neuen Chef. Aber nur langsam mahlen die Mühlen der Zondo Kommission, die sich nach dem Vorgängen im Finanzministerium (INDABA 100/18) nun der Beratungsfirma BOSASA widmet, über die offenbar Milliarden aus dem Staatshaushalt verschwunden sind (und die für die vielkritisierte Behandlung von Asylwerbern verantwortlich ist, INDABA 99/18).

Ramaphosas taktisches Vorgehen, renommierte Richter als Vorsitzende von Untersuchungskommissionen einzusetzen, deren Empfehlungen er dann umsetzt, wird als erfolgreiches Manöver gelobt. Für die Öffentlichkeit, welche die Hearings per Lifestream im Internet verfolgen kann, entsteht zunächst einmal aber der Eindruck einer endlosen Korruption, was wohl die politische Apathie verstärkt. Reale Verbesserungen werden erst in der Zukunft erkennbar sein – wenn der Trend der schonungslosen Aufdeckung von »state capture« anhält. Was wiederum eine stabile Mehrheit für Ramaphosa erfordert ...

## Hält der ANC die Mehrheit?





Präsident Filipe Nyusi

Es ist ungeklärt, ob es sich um radikalisierte Moslems handelt, die von Somalia und Tanzania aus unterstützt werden, oder um Banditen, die vom Erdgasbusiness profitieren wollen, oder um Emanzipierungsbestrebungen der marginalisierten lokalen muslimischen Bevölkerung. In eineinhalb Jahren wurden 100 Menschen auf brutale Weise getötet (Enthauptungen!), zahlreiche Dörfer niedergebrannt, Polizeistationen angegriffen. Es mehren sich Anschläge auf Fahrzeuge von Zivilisten. Das Camp von Anadarko wurde attackiert.

Die Sicherheitslage in Cabo Delgado verschlechtert sich zusehends. Die Sicherheitskräfte steigern durch Verhaftungen von Verdächtigen und Journalisten den Unmut in der Bevölkerung. Diese sieht sich als Opfer der militanten Extremisten einerseits und der Polizei andererseits und kooperiert nicht mit der Regierung.

Die Regierung müßte eine sozial und politisch sensible Lösung anstreben, die weit über eine militärische Lösung hinausgeht. Eigentlich sollte

## Unruhen in Cabo Delgado

Nyusi das aus dem Konflikt mit der RENAMO wissen!

Die Gemeinderatswahlen 2018 zeigten die wachsende Unzufriedenheit mit den herrschenden Verhältnissen. Die größte Oppositionspartei

RENAMO legte kräftig zu, auch in den Städten des Süden. FRELIMO gewann zwar in 44 der 53 Gemeinden (minus fünf gegenüber 2013), RENAMO gewann die Wahl in acht Gemeinden, MDM gewann in Beira. Es gab glaubwürdige Beweise für Wahlbetrug in einigen Gemeinden. Einsprüche wurden nicht stattgegeben. In fünf Gemeinden waren die Ergebnisse zwischen den beiden größten Parteien unglaublich knapp, der Wahlsieg wurde von der nationalen Wahlkommission und dem Verfassungsgericht der FRELIMO zugesprochen (INDABA 100/18).

Im großen Wahljahr 2019 werden Nyusi und seine Partei also einige Register ziehen müssen, um die Bevölkerung von ihrer Politik zu überzeugen.

## Überschwemmung

Fast 850.000 Menschen – so die Angaben bei Drucktermin – sind durch eine Wetterkatastrophe in Mitleidenschaft gezogen. In der Nacht vom 14. auf 15. März traf der Zyklon Idai bei Beira auf die ostafrikanische Küste und richtete in Moçambique, aber auch Teilen von Malawi und Zambia schwere Verwüstungen an. Ersten Angaben zufolge wurden bisher 145 Menschen getötet. Moçambiques Umweltsenator Celso Correia sprach vom »größten Umweltdesaster, das unser Land je erlebt hat«.

Laut Internationalem Roten Kreuz sind die Schäden in Beira und Umgebung »massiv und erschreckend«. 90% des Arealen sollen komplett zerstört sein. Starker Wind mit Spitzengeschwindigkeit bis zu 170 kmh und starke Regenfälle deckten Gebäude ab legten die Stromversorgung komplett lahm. Der Wirbelsturm ist mittlerweile weiter nach Zimbabwe gezogen. Hauptbetroffen dort ist Chimanimani, von wo bisher 65 Todesfälle gemeldet wurden, 150 weitere Personen gelten als vermißt. Tausende Häuser wurden weggespült. In Malawi beläuft sich die Anzahl der Verunglückten derzeit auf 56. Viele Familien sind von der Lebensmittelversorgung abgeschnitten, und der Wasserstand steigt noch immer an. Hilfskräfte können entlegene Gebiete nur schwer erreichen, weil Straßen kaum vorhanden oder schwer beschädigt sind. Hauptbetroffen sind tausende Kinder, die nach einer Mitteilung der UN-Kinderhilfsorganisation UNICEF humanitäre Hilfe benötigen. SADOCC und die ARGE Zimbabwe Freundschaft haben die Bundesregierung aufgefordert, Moçambique und Zimbabwe aus Mitteln der Katastrophenhilfe zu unterstützen. Wir ersuchen unsere Leser/innen um Spenden für das Hilfsprogramm der Grupo de Mulheres de Partilha de Ideias de Sofala (SADOCC-Konto bei der BAWAG/PSK, IBAN: AT70 6000 0000 9300 9960).

# Ein Forum, aber doch auch ein Gipfel?

## Regierungskonferenz zu EU-Afrika in Wien

*Ein »Hochrangiges Forum Afrika-Europa« sollte am 17. und 18. Dezember 2018 das letzte Großevent der österreichischen EU-Präsidentschaft bilden. Zwar fiel die internationale Beteiligung geringer aus als erwartet, und von afrikanischer Seite meldeten sich kritische Stimmen zu Wort. Aber immerhin stand Afrika endlich einmal auf der Tagesordnung der hohen Politik. Entscheidend wird nun sein, ob und welche Konsequenzen Österreich daraus zieht. Eine Einschätzung von Botschafter Georg Lennkh.*

**E**in hochrangiges Afrika-Europa-Treffen, zu dem Bundeskanzler Sebastian Kurz für die österreichische EU-Präsidentschaft und der rwandische Präsident Paul Kagame in seiner Eigenschaft als Präsident der Afrikanischen Union (AU) nach Wien eingeladen hatten, befaßte sich mit der Zukunft der Zusammenarbeit der beiden Kontinente im Zeitalter der Digitalisierung. Wesentliche Ergebnisse der Debatten waren:

- Es gehe um einen weiteren Ausbau der Beziehungen zwischen AU und EU;
- der Schwerpunkt liege bei der Wirtschaft, bei signifikant höheren Investitionen durch den Privatsektor, wo sowohl größere als auch kleinere Unternehmen und Startups angesprochen seien, und es gehe vor allem um Bereiche mit hohem Beschäftigungspotential für Jugendliche;
- Digitalisierung sei dafür ein wichtiges Instrument;
- die von der europäischen Kommission vorgestellte *Afrika-Europa-Allianz* sei der Rahmen für diese Partnerschaft für Investitionen und Arbeitsplätze.

**U**m dieses Treffen und seine Ergebnisse richtig einordnen zu können, ist ein Blick auf seine bewegte Vorgeschichte aufschlußreich. Die ZEIT vom 30. Juni meldete: »Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz plant in den kommenden Monaten einen EU-Afrika-Gipfel, um die Flüchtlingsthematik auch mit den afrikanischen Staaten zu beraten.« Kurz erwähnte dabei auch den Gipfel in Brüssel (27./28. Juni 2018), der eine Reihe von Verschärfungen in der Asylpolitik beschlossen hatte, unter anderem eine Stärkung von *Frontex* sowie die Möglichkeit von Aufnahmezentren für Flüchtlinge sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU. Aus Staaten, die dafür infrage kommen – wie Libyen, Tunesien oder Marokko – kam allerdings schon deutliche Ablehnung. Aber auch andere afrikanische Länder konnten einem Migrationsgipfel wenig abgewinnen, wobei auch die (schlechte) Erinnerung an den EU-AU-Migrationsgipfel in La Valetta im November 2015 Rolle gespielt haben dürfte. All dies erklärt eine erste Umorientierung zwei Monate später.

Denn am 9. September berichtete die Wiener Zeitung: »Bundeskanzler Sebastian Kurz plant für Anfang Dezember unter dem Motto ›Hilfe vor Ort‹ einen Afrika-Gipfel in Wien.« Wieder erwähnte Kurz eine restriktivere Migrationspolitik, aber diesmal auch eine stärkere Partnerschaft mit afrikanischen Ländern, mit einem Schwerpunkt auf Wirtschaft, Innovation und Digitalisierung sowie der Schaffung von Arbeitsplätzen. Man wolle über die klassische Hilfe hinausgehen. Auch die

### Flüchtlingsthema ausgeklammert

Frage der Teilnehmerschaft an dem Gipfel gestaltete sich schwierig. Während ja an einem EU-AU-Gipfel 83 Staats- und Regierungschefs teilnehmen, erschien dies bald sowohl wegen des logistischen Aufwands als auch wegen des geringen Interesses auf afrikanischer Seite als illusorisch. Das Bundeskanzleramt schwenkte daher auf ein »hochrangiges Treffen« ein, an dem zwar alle EU-Länder, aber nur etwa die Hälfte der AU-Mitglieder teilnehmen sollten. Am Ende aber sah die Gleichung noch einmal anders

aus: Nur fünf von 25 geladenen afrikanischen Staaten waren auf höchster Ebene vertreten, von den EU-Mitgliedern waren 13 auf Staats- oder Regierungsebene vertreten, davon nur zwei aus Westeuropa. Ausschlaggebend für dieses geringe Interesse dürfte für Afrika gewesen sein, daß fast 50 afrikanische Präsidenten im September am China-Afrika-Gipfel teilgenommen hatten, daß einige von ihnen noch Ende Oktober zu einem G 20-Treffen nach Berlin gekommen waren und daß nur 14 Tage vor dem Wiener Treffen ein afrikanischer Wirtschaftsgipfel in Ägypten stattgefunden hatte.

Auf europäischer Seite stellte sich heraus, daß viele Westeuropäer Bundeskanzler Kurz sein Umschwenken beim UN-Migrationspakt nicht verzeihen hatten und es deswegen vorzogen, nicht nach Wien zu kommen. Dazu *politico* (Brüssel) am 12. Dezember 2019: *»Officials and diplomats aren't happy that Austria, which holds the EU presidency, withdrew from the U.N. migration pact ... and made no effort to hide the fact that their bosses are snubbing Kurz's Africa summit for exactly that reason.«*

Aber auch der Präsident der AU-Kommission, Moussa Faki Mahamat, meinte in seiner Rede, er habe nicht verstanden, wieso sich einige europäische Staaten dem Migrationspakt nicht anschließen wollten.

**H**inter all diesen diplomatischen Mühseligkeiten steckt auch die spezifische Geschichte der AU-EU-Gipfel, die es ja erst seit der Gründung der AU gibt. Vom Gipfel in Lissabon (Dezember 2007) wurde nicht nur eine gemeinsame Strategie, sondern auch ein dreijähriger Rhythmus von Gipfeltreffen vereinbart, an denen eben alle AU und EU Mitglieder teilnehmen sollten. Doch



*Hochrangiges Forum Afrika-Europa: »Taking Cooperation to the Digital Age«*

schon wenige Jahre später zeigten sich Bruchlinien in dieser Gipfelpolitik. Afrika ließ wissen, daß Europa kein Monopol auf Partnerschaft mit Afrika habe, weil sich immer neue Staaten und Staatengruppen, allen voran China, für ein strukturiertes Verhältnis mit dem Zukunft verheißenden Afrika interessierten, was eine wahre Inflation von Gipfeltreffen zur Folge hatte. Gipfelveranstaltungen wurden daher für Afrika immer weniger attraktiv und am Ende des EU-Afrika-Gipfels in Abijan (Côte d'Ivoire, 30. Nov. 2017) war es die afrikanische Seite, die nicht mehr bereit war, den Dreijahresrhythmus unhinterfragt fortzusetzen.

**D**as hochrangige Treffen in Wien war also zu einem etwas verwehten Gipfel geworden – aber es war ein Gipfel, waren doch die Spitzen von EU und AU vollständig anwesend. Und es war auch die richtige Entscheidung, die komplexe Migrationsthematik nicht auf die Tagesordnung des Wiener Treffens zu setzen. Auch wenn die Ergebnisse nach den üblichen Absichtserklärungen klingen, so erscheint im Text der Zusammenfassung selbst – und das war auch in den Diskussionen in den vielen Panel-Gruppen so – ein differenzierteres Bild, das der afrikanischen Realität näherkommt.

So wird neben der Notwendigkeit einer massiven Steigerung von Investitionen aus europäischen Quellen und von europäischen Unternehmen auch auf jene Maßnahmen verwiesen, die für einen erfolgreichen Einsatz solcher Mittel in Afrika notwendig wären, vor allem im Bereich der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Auch die Risikogestaltung (de-risking) und Mischformen der Finanzierung (öffentliche Beteiligung) werden thematisiert.

Insgesamt also wieder ein Ruf nach der vielbeschworenen ‚good governance‘ als Vorbedingung für jedes weitere Handeln. Darüber hinaus aber wurde immer wieder auf die Kehrseite des Digitalisierungsoptimismus hingewiesen. Zwei Beispiele aus den Diskussionen:

- In der Gruppe Landwirtschaft erklärte ein nigerianischer Reisfarmer, er habe auf seinen 3.000 Hektar bereits sehr gute Erträge erzielt, 2018 jedoch hätten gewalttätige Angriffe der Peul (Viehzüchter) mehr Tote gebracht als die Terrorangriffe der Boko Haram, und er habe kein einziges Kilo Reis geerntet. Solange der Staat oder die Staatengemeinschaft nicht in der Lage wären, solche Angriffe zu verhindern, sei auch jede Digitalisierung wenig nützlich.

- In der Gruppe Urbanisierung erklärte die Leiterin einer österreichischen NGO, es möge ja schon sein, daß demnächst zwei Drittel der afrikanischen Bevölkerung in Städten lebten (und damit bessere Entwicklungschancen hätten), es bliebe aber immer noch ein Drittel auf dem Land – und ohne Digitalisierung –, dem es dann dementsprechend schlechter gehen würde und um das man sich werde kümmern müssen. Die Ausrichtung

## EU – kein Monopol auf Afrika

auf die wirtschaftlichen Aspekte der Zusammenarbeit und deren Bedeutung für die weitere Entwicklung in Afrika hat eine Teilnahme hunderter österreichischer und Diaspora-Unternehmer gebracht, was wieder zu einer anderen Grundtonalität in der Diskussion führte. Und auch diese Wirtschaftstreibenden hatten Gelegenheit, sich ein umfassendes Bild von der Wirtschaftsentwicklung in Afrika, der Chancen der Digitali-

sierung und der vielen Hürden in der afrikanischen Realität zu machen.

Es ist also zu begrüßen, daß erstmals ein derartiges Treffen in Österreich stattgefunden hat und daß die Regierung damit ein klares Zeichen des Interesses gesetzt hat, das sie der Zukunft der europäischen (und der österreichischen) Beziehungen zu Afrika entgegenbringt. Es konnte auch nicht schaden, daß dafür ein neuer Interessentenkreis in der Wirtschaft angesprochen wurde und daß dies keineswegs exklusiv erfolgte.



Kritisierte Österreichs Haltung zur Migration: Moussa Faki Mahamat, Präsident der AU-Kommission (2. v. r.)

Es wird nun aber sehr viel davon abhängen, welche weiteren und konkreten Maßnahmen folgen. Es kann sich hier nicht nur um das Generieren von neuen Investitionen handeln, sondern es gilt auch, die aufgezeigten Hemmschuhe wie mangelnde Rechtssicherheit, fehlenden Investitionsschutz, undurchsichtige Entscheidungsfindung usw. aus dem Weg zu räumen. Ebenso müssen dafür schließlich andere wesentliche Bereiche hereingedacht werden, so wie Fragen der Außenpolitik, der Sicherheit, von österreichischen friedenserhaltenden Operationen in Afrika, und schließlich auch der Flüchtlings- und Migrationsfrage.

Botschafter Georg Lennkh war Leiter der Sektion Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium und Sonderbotschafter der österreichischen Bundesregierung für Afrika. Er ist Vorstandsmitglied des Bruno Kreisky Forum for International Dialogue, von CARE Austria und von International Law Institute, Kampala.

## Vor EU-Afrika-Forum: NGOs fordern mehr Solidarität und Respekt

Wenige Tage vor dem von Bundeskanzler Kurz einberufenen EU-Afrika-Forum in Wien fordern Vertreter/innen von Nichtregierungsorganisationen einen Neustart der Beziehungen zwischen Europa und Afrika auf Basis von mehr Solidarität und Respekt.

Die NGO-Konferenz zum Thema »Ungleichheit« fand am 26. und 27. November im Haus der EU in Wien statt. In den vergangenen Jahrzehnten, so die Analyse der mehr als 120 Teilnehmer und Teilnehmerinnen, habe sich die Wohlstandskluft zwischen Menschen in Europa und in Afrika vervielfacht. Ein untrügliches Zeichen dafür, daß die bisherige Afrikapolitik der EU nicht die gewünschten Ergebnisse gebracht hat. Statt Handelsverträgen, die einseitig Europa bevorzugen würden, fordern die Kritiker Unterstützung für die Industrialisierung Afrikas und ein Ende der illegalen Finanzströme in Steueroasen.

Die afrikanischen Regierungen werden aufgefordert, die öffentlichen Bildungs- und Gesundheitssysteme auszubauen und den Dialog mit den Sozialpartnern, Jugend- und Frauenorganisationen sowie mit der Diaspora zu verstärken. Armut und Ungleichheit als Hauptursachen von Migration zu bekämpfen, trage eher zu einer Regelung der Flüchtlingsströme bei als die Errichtung einer »Festung Europa« und das Schüren von fremdenfeindlichen Tendenzen, so die Organisatoren der Konferenz. Die Konferenz »Ungleichheit. Eine Herausforderung für afrikanisch-europäische Zusammenarbeit« wurde vom Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit (VIDC) und dem Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (SADOCC) organisiert. Sie stand in der langjährigen österreichischen Tradition des Nord-Süd-Dialogs und schloß inhaltlich an die Konferenz von Parlamentariern und Vertreter/innen der Zivilgesellschaft aus dem Südlichen Afrika und aus der EU im Jahr 1998 an.



## Österreichs EU-Ratspräsidentschaft und Afrika

Von Adalbert Krims

»Ein Europa, das schützt« war das Motto der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2018. Dabei standen nach offizieller Lesart drei Schwerpunktbereiche im Zentrum: *»Sicherheit und Kampf gegen illegale Migration; Sicherung des Wohlstands und der Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung; sowie Stabilität in der Nachbarschaft – Heranführung des Westbalkans/Südosteuropas an die EU.«* Da die realen politischen Kompetenzen des halbjährlich rotierenden EU-Vorsitzlandes eher gering sind, geht es den jeweiligen Regierungen zu einem Gutteil um PR nach außen – und vor allem nach innen.

Gerade die derzeitige österreichische Bundesregierung hat eine besondere Meisterschaft bei der Selbstvermarktung entwickelt – und da war natürlich der EU-Ratsvorsitz, der ursprünglich noch in die Amtsperiode der rot-schwarzen Vorgängerregierung gefallen wäre, eine willkommene Gelegenheit, die man bestmöglich ausnützen wollte. Afrika gehörte eigentlich nicht zu den direkten Schwerpunkten der Regierung für den EU-Vorsitz, sondern nur auf dem Umweg über den Kampf gegen die illegale Migration. Unmittelbar vor Übernahme des Ratsvorsitzes forderte Bundeskanzler Kurz daher noch die Stationierung von Frontex-Einheiten auf nordafrikanischem Territorium, um Flüchtlingsschiffe an der Überfahrt nach Europa zu hindern, sowie die Einrichtung von »Anlandeplattformen« in Nordafrika, wobei er ausdrücklich Marokko, Tunesien und Ägypten, aber auch die anerkannte, aber machtlose, libysche Regierung als Partner nannte. Am 30. Juni stellte Kurz dann sogar noch die Abhaltung eines EU-Afrika-Gipfels zu Migrationsfragen während der zweiten Hälfte des Ratsvorsitzes in Aussicht.

Zwei Monate später klang das bei Kurz schon bescheidener: Von einem EU-Afrika-Gipfel zu Migrationsfragen war keine Rede mehr. Offenbar hatten alle in Frage kommenden afrikanischen Regierungen abgewunken. Stattdessen kündigte der Bundeskanzler Ende August für Anfang Dezember ein »hochrangiges Afrika-Forum« in Wien an. Der Fokus der Veranstaltung, zu der *»ausgewählte Staats- und Regierungschefs sowie CEOs*

*globaler Unternehmen«* eingeladen seien, liege auf Innovation und Digitalisierung. Migration solle ausdrücklich kein Thema sein! Auch die Anlandeplattformen in Nordafrika wurden nicht mehr erwähnt, nachdem sich kein einziges Land – auch nicht der von Kurz besonders umworbene ägyptische Diktator Al-Sisi (den er ausdrücklich wegen dessen Kampfes gegen die illegale Migration würdigte) – bereit erklärte hatte, darüber auch nur zu verhandeln.

Das Afrika-Forum in Wien am 18. Dezember war dann auf höchster politischer Ebene eher schütter besetzt. Von den 28 EU-Staaten waren 13 durch Staats- oder Regierungschefs vertreten, die anderen durch Minister oder Staatssekretäre. Von den 55 Mitgliedsländern der Afrikanischen Union waren 7 auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs sowie 18 auf niedrigerer Ebene vertreten. Dafür kamen insgesamt über 800 Vertreter privater Unternehmen aus beiden Kontinenten.

Bei der Eröffnung des Forums sprach Kurz von einem Paradigmenwechsel von der »klassischen Entwicklungshilfe« zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Investitionen. Mit dem Satz *»Wir dürfen den afrikanischen Kontinent nicht den Chinesen überlassen«*, löste der Gastgeber aber auch Widerspruch bei afrikanischen Teilnehmern aus. Der Vorsitzende der Kommission der Afrikanischen Union, Moussa Faki Mahamat, meinte: *»Afrika ist kein leeres Terrain, auf dem sich Amerikaner, Chinesen und Europäer um Ressourcen streiten, auch wenn das in der Vergangenheit so war ... Afrika gehört den Afrikanern.«*

Zum Abschluß des Forums gab es einige politische Willenskundgebungen, wenige Finanzierungszusagen (u. a. für Digitalisierung) – und auch Kritik am Vorsitzland Österreich, weil dieses kurz zuvor aus dem UNO-Migrationspakt ausgeschieden war. Obwohl das Afrika-Forum die letzte internationale Veranstaltung der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft war, war der öffentliche Widerhall sowohl im In- als auch im Ausland eher bescheiden. Das lag aber vielleicht auch daran, daß die Migrationsfrage ausgeklammert wurde ...



lassen vermuten, daß auf dem Gelände auch ein Kriegsgericht bestand. Der Schießstand könnte demnach ein Hinrichtungsfeld für verurteilte Freiheitskämpfer, ihre Helfer/innen sowie für Zivilisten gewesen sein, die im Verdacht standen, Guerillakämpfer zu unterstützen. Es wird berichtet, daß die zum Tode Verurteilten als lebende und mobile Ziele eingesetzt und von einem Erschießungskommando exekutiert wurden. Es gibt auch Hinweise darauf, daß einige als lebendige Zielscheiben auf eine Plattform gehoben wurden, die als eine der wenigen baulichen Strukturen heute noch vorhanden ist. Der Massenmord am Schießstand und das damit verbundene Blutvergießen verkörpern das Leiden der Befreiungskämpfer, und der Ort wird daher zu Recht als »Butcher Site«, also Schlachthofsgelände, bezeichnet. Die Ermordeten wurden nach ihrer Hinrichtung in nicht gekennzeichnete flache Massengräber gebracht, die über das Gelände verstreut waren.

Mit der Zeit wurden die flachen Gräber durch Erosion freigelegt, und ab 1993 wurden Anstrengungen zur Sanierung unternommen. 1996 wurde der Standort auf Empfehlung der Kriegsveteranen im Bezirk Makoni zu einem regionalen Heldenkmal (*District Heroes Acre*) erklärt. Und als dann vereinzelt menschliche Überreste auf der Butcher Site an der Oberfläche zum Vorschein kamen, beauftragten der Fallen Heroes Trust of Zimbabwe (FHTZ) und die Kriegsveteranen verschiedene Interessengruppen damit, die Wahrheit über das vergangene Geschehen zu



Auf dieser Plattform sollen die Hinrichtungen stattgefunden haben

untersuchen und zu enthüllen. Von Anfang an forderte der FHTZ auch eine Exhumierung der Massengräber. Laut seinem gesetzlichen Mandat zum Schutz von Orten von historischem Interesse war dafür aber das nationale Denkmalamt, National Museums and Monuments of Zimbabwe (NMMZ), zuständig. Die Exhumierungen auf der Butcher Site wurden daher in einer gemeinsamen Arbeitsbeziehung überall dort durchgeführt, wo menschliche Überreste vermutet wurden.

Ausgehend von bereits erkennbaren Bestattungen begann die Exhumierungsübung in der Nähe des kleinen Baches, der vom Schießstand bis zum Grab des unbekanntes Soldaten fließt. Weitere Ausgrabungen, die zur Auffindung von Skelettresten und sammelbaren Gegenständen führten, wurden an nicht gekennzeichneten Gräbern durchgeführt, die durch Ziegelauskleidungen oder Betonflächen erkennbar waren.

Exhumierungen auf der Butcher Site sollten also in Kooperation von NMMZ und FHTZ gemeinsam durchgeführt werden. Bei den methodischen Zugängen beider Seiten gab es allerdings große Unterschiede, auch wenn trotzdem das Gefühl vorherrschte, daß man sich jeweils ergänzte. Es wurde nämlich immer schwieriger, die spirituelle Bedeutung der Ausgrabungsstätte zu ignorieren. Zwischen NMMZ und FHTZ bestand ein schwieriges Ver-

hältnis, das von Verhandlungen und manchmal sogar Streit darüber geprägt war, wie die Exhumierungen der Befreiungskämpfer erfolgen sollten. Ein typischer Interessenskonflikt ergab sich z. B. aus der primär archäologischen Zugangsweise und der üblichen Praxis einer Vermessung der Gräber. Durch systematische Vermessung von Gräbern ist es einfach, die materielle Kultur zu dokumentieren, indem die Funde auf jeder Ebene beschrieben und in ihren jeweiligen Kontext eingeordnet werden.

Dies wird in der Regel durch detaillierte Fotografien der materiellen Kultur begleitet, bevor Sortierungen oder übereilte Entnahmen vorgenommen werden. FHTZ jedoch war nur daran interessiert, die menschlichen Überreste zu exhumieren, ohne methodische Rücksichten zu nehmen – was später zu Problemen führen sollte, da viele Überreste vermischt und dadurch verwechselt wurden. FHTZ wollte möglichst schnell möglichst viele Knochen exhumieren, die sie der ZANU PF-Regierung und der Öffentlichkeit



# Afrika und die Barbarei des Weltkriegs

## Ein neues Werk von William Kentridge

Zum hundertjährigen Jubiläum des Endes des 1. Weltkriegs gestaltete der südafrikanische Allround-Künstler William Kentridge die dramatische Performance »The Head & the Load«, uraufgeführt in London (<https://theconversation.com>).

Der kongolesische Unabhängigkeitsführer Patrice Lumumba verspottete bekanntlich die Anmaßung Europas, seine eigenen Stammeskönigreiche zu einem »Weltkrieg« upzugraden. Kentridge kritisiert diese Idee. Sein Projekt konzentriert sich auf die Auswirkungen des »Europäischen Krieges« 1914–18 auf die Kolonien. Auswirkungen, die damals ignoriert und anschließend aus der Geschichte ausgeblendet wurden.

Die britischen, französischen und deutschen Armeen beschäftigten hunderttausende afrikanische Soldaten für ihren Krieg in Afrika und in Europa. Viele durften gar keine Waffen tragen, aus Angst, sie könnten sich gegen ihre Auftraggeber wenden. Viele starben während des Krieges an Krankheiten oder Entbehrung. »The Head & the Load« erzählt, wie ein Schiff in zerlegtem Zustand auf den Köpfen afrikanischer Träger von Lubumbashi zum Tanganjikasee getragen wurde (INDABA 69/11 und 83/14).

Die Uraufführung fand im Juli letzten Jahres in der massiven Turbinenhalle des *Tate Modern Museum* in London statt, eine Ausstellung von Zeichnungen und Entwürfen dazu namens *Kaboom!* war im Oktober/November in der *Goodman Gallery* in Johannesburg zu sehen.

Kentridge signalisiert seinen tiefen Widerstand gegen die Barbarei des Krieges. Er zeigt dabei auch seine Verbundenheit mit dem Dadaismus, der zur selben Zeit als Kritik der herrschenden Verhältnisse entstand. Ein Schiff durch Afrika zu transportieren, ist offensichtlich absurd. Kentridge unterstreicht den Wahnsinn des Projekts in allen Phasen seiner dramatischen Produktion. Er zeigt zerstörte Landschaften und unterlegt karikative Bilder mit ironischen Untertiteln und einer von Jahrmarktatmosphäre inspirierten Begleitmusik des Komponisten Philip Miller. Bezeichnenderweise interpretiert der Künstler die Kolonne der sich quer durch die Landschaft bewegenden Träger als Prozession – ein Motiv, das er oft in seiner Arbeit verwendet



Szenenausschnitt aus »The Head & the Load« (Tate Modern Museum, London)

hat. Prozessionen der Armen in der Stadt spielen in seinen frühen animierten »Drawings for Projection« eine prominente Rolle und werden in Werken wie der Bogenzeichnung »Develop, Catch Up, Even Surpass« (1990) absurd aufgenommen. Traditionen wie der *Charivari* (eine laute Verspottung, die zur Feier einer Hochzeit oder zur Kritik einer unpopulären Person durchgeführt wird) oder das *Danse Macabre*-Element werden in »Süßer spielen sie den Tanz« (2015) zu einer dramatischen Form. Monumental wurde das Motiv weiterentwickelt in »Triumphs and Laments«, einer riesigen Graphik von Kentridge am Ufer des Tiber in Rom (2016). Wie das römische Wandgemälde zeigt auch »The Head & the Load«, daß Geschichte geschrieben wurde, um bestimmten Interessen zu dienen, und lenkt unseren Blick auf die Opfer dieser Aktionen.

Das Korrigieren der absolutistischen Version der Geschichte durch William Kentridge beinhaltet sowohl die Dekonstruktion des heroischen Ideals – die Demonstration seiner Fehlbarkeit und seiner dunklen Seite – als auch das Aufzeigen von Aspekten der Vergangenheit, die ignoriert oder unterdrückt wurden.

Eric Morier-Genoud/Michel Cahen/  
Domingos do Rosário, **The War  
Within. New Perspectives on  
the Civil War in Mozambique  
1976 – 1992** (James Curry, 2018).

Das Buch fokussiert die lokalen, postkolonialen, räumlich unterschiedlichen und zeitversetzten Dynamiken und Verknüpfungen des moçambikanischen Krieges im transnationalen Kontext. Einerseits benennen die Autor/inn/en lokale Schlüsselakteur/inn/en (*Partido Revolucionário de Moçambique*) abseits von FRELIMO und Renamo in entscheidenden Handlungsorten (Provinz Maputo, Zambezia) während des Krieges. Andererseits wird auf die Nachbarstaaten Moçambiques und deren Einflüsse auf das Kriegsgeschehen sowie auf den Kontext des kalten Krieges eingegangen. Durch die Auswertung neuer Quellen gelingt ein umfassendes Bild der internen Kriegsdynamiken: die regional variierende zivilgesellschaftliche Verankerung und rudimentäre militärische Ausstattung der FRELIMO sowie die nicht vollendete Industrialisierung der Landwirtschaft ließen Raum für nicht-staatliche Handelnde (traditionelle/spirituelle Autoritäten, paramilitärische Einheiten, NGOs), währenddessen die Renamo mit konservativer Unterstützung eine anti-sozialistische, destruktive Agitationlinie verfolgte. Die äußeren Umstände der wechselnden politischen Agenda – weg vom Sozialismus, hin zum Neoliberalismus – und Akzeptanz der Strukturanpassungsprogramme sowie der Wegfall der südafrikanischen Unterstützung für Renamo (ab 1994) waren letztendlich entscheidende Ereignisse für die Beendigung des Krieges. Diese Argumentation setzt die lokalen Geschehnisse im abschließenden Kapitel wiederum in den internationalen politischen Kontext.

Tania Napravnik

# Injera ist wieder äthiopisch

*Vor einigen Jahren versuchten französische Konzerne, den Rooibos-Tee, der seit Generationen in Südafrika angebaut wird, für sich patentieren zu lassen (INDABA 78/13).*

*Gerade rechtzeitig gelang es damals den Behörden, »Rooibos« als Bezeichnung für ein typisch südafrikanisches Regionalprodukt zu schützen; nur Hersteller aus Südafrika dürfen seither den Namen verwenden. Nun verzeichnet Äthiopien einen ähnlichen (Teil-)Erfolg.*

Die äthiopische Regierung feiert ihren Sieg in einem langjährigen Streit darüber, wer das Patent für Produkte aus Teff (Zwerghirse) besitzt – ein uraltes Getreide, das die Grundlage des äthiopischen Grundnahrungsmittels Injera bildet. 2003 meldete ein niederländisches Unternehmen ein europäisches Patent für Produkte auf Basis von Teff an, wobei behauptet wurde, dieses sei von einem hochrangigen holländischen Beamten erfunden worden. Jahrelang hat Äthiopien dagegen protestiert. Äthiopier/innen verwenden Teff seit Jahrtausenden, und das Patent hinderte äthiopische Unternehmen daran, den wachsenden globalen Markt für Zwerghirse zu bedienen.

Teff ist glutenfrei und reich an Nährstoffen und wird als die nächste große Modeerscheinung des Gesundheitswesens angepriesen, auf den Spuren von Quinoa und Grünkohl.

Im vergangenen November entschied nun ein niederländisches Gericht, das Patent enthalte keinen »Erfindergeist« und sei daher nichtig.

Die Nachricht wurde Anfang März von Fitsum Arega, bis vor kurzem Stabschef des äthiopischen Premierministers Abiy Ahmed, auf Twitter verbreitet: »Ich habe gerade erfahren, daß das Gericht von Den Haag gegen den Patentinhaber von #Teff entschieden hat. Das sind großartige Neuigkeiten. Ich hoffe, daß wir daraus lernen, daß unsere nationalen Vermögenswerte von Äthiopiern und Freunden von Äthiopien geschützt werden müssen.«

Die niederländische Botschaft in Addis Abeba bestätigte die Nachricht. Der Grund für die verspätete Ankündigung sei die Berufungsfrist gewesen, nach deren Ablauf das Urteil jetzt rechtskräftig ist: »Der Anspruch der Patentinhaber auf Verarbeitung von Teff ist in den Niederlanden nichtig«, sagte ein Sprecher der Botschaft. Ähnliche Patente wurden von derselben Firma jedoch auch in den USA und in Japan angemeldet, und es ist noch unklar, welche Auswirkungen das holländische Urteil auf diese Patente haben wird.

# Oliver Mtukudzi verstorben

*Mit Schock und Trauer haben wir die Nachricht vernommen, daß unser Freund Oliver »Tuku« Mtukudzi, eine wahre Ikone der Musikszene in Zimbabwe, aber auch der Weltmusik insgesamt, im Alter von 66 Jahren für immer von der Bühne abgetreten ist.*

Im legendären *Queens Garden* in einem Vorort von Harare bin ich ihm und seiner Band *The Black Spirits* in den 80er Jahren erstmals begegnet und war von dem einzigartigen Stilmix und seinem Markenzeichen, der trockenen und gleichzeitig so überzeugenden Stimme, angetan. So lag es nahe, ihn für das erste Experiment im Kulturaustausch zwischen Österreich und Zimbabwe, für die wirklich schräge Kombination mit dem Duo Attwenger, auszuwählen, um den gängigen Stereotypen auf beiden Seiten zu begegnen. Der zimbabwe'sche Menschenrechtsaktivist und Komponist Keith Goddard und sein *Kunzwana Trust* (*Kunzwana* bedeutet in einer der Landessprachen Shona »Aufeinander hören«) waren kongeniale und stets etwas chaotische Partner dafür. So tourten Attwenger im Oktober 1993 mit Oliver Mtukudzi (und *Black Umfolosi*) durch Zimbabwe und im Jahr darauf durch Österreich. Legendär dabei in Zimbabwe das Konzert vor Tausenden im Rufarostadium in Harare. Und in Österreich die Jamsession von Attwenger, Oliver Mtukudzi & The Black Spirits und Hugh Masekela als speziellem Gast, wie sie im Film »Zimbabwe. Respect for Africa« (Fischerfilm für die ORF Nightline, 1994, [www.fischerfilm.com](http://www.fischerfilm.com)) dokumentiert ist. Deren Bands waren zuvor mit Miriam Makeba als Frontfrau beim Linzfest am Urfahrmarkt aufgetreten. Hugh war ein enger Freund von Oliver



Party zu seinem 60. Geburtstag 2008

und ist auf den Tag genau ein Jahr vor ihm gegangen.

Oliver Mtukudzi war aber nicht nur eine musikalische Größe, die auf allen großen Bühnen und Festivals im Südlichen Afrika, in Europa und Übersee aufgetreten ist und unzählige Alben veröffentlicht hat. Er war auch immer selbstlos für gesellschaftliche Anliegen engagiert, sei es mit einem Konzert im Hinterland am Musengezi bei einer Versammlung von Kooperativenbauern, sei es mit seinem Förderzentrum für junge Musiker/innen, *Padare*, in Norton oder mit seinem Eintreten gegen Zwangsverheiratung, sexuellen Mißbrauch von Mädchen und die Unterdrückung der Frau – wie in seinem eindringlichen Song *Neria* ([www.youtube.com/watch?v=GhXGyer-clg](http://www.youtube.com/watch?v=GhXGyer-clg)).

Er war auch tief betroffen und beunruhigt von der gegenwärtig extrem schwierigen Lage für seine Landsleute in seinem Heimatland Zimbabwe, das nach der Absetzung des Langzeitmachthabers Robert Mugabe und der de-facto Machtübernahme durch den Sicherheitsapparat neuerlich um die Hoffnung auf eine Wende betrogen worden ist. Vielleicht gelingt es, angesichts der landesweiten Trauer um einen großen Sohn, der Repression Einhalt zu gebieten und eine Brücke der Verständigung und des Dialogs zu schlagen? Es wäre Tuku's großes Vermächtnis. Ruhe in Frieden, Tuku, Deine Musik und Mission werden weiterleben!

Peter Kuthan,  
ARGE Zimbabwe Freundschaft

## ... sadocc news ...

**Schwimmprojekt in Südafrika abgeschlossen.** Nach sechsjähriger Dauer ist das von SADOCC gemeinsam mit dem olympischen Schwimmverband in Südafrika, *Swimming*



*South Africa*, durchgeführte Projekt zur Förderung des Breitensports abgeschlossen. Mit Förderung des österreichischen Sportministeriums war es dabei möglich, in insgesamt sechs verschiedenen Township-Schulen mobile Pools zu installieren und jeweils Schwimmlehrer/innen auszubilden (INDABA 76/12). Dadurch kann in diesen Schulen nunmehr Schwimmunterricht abgehalten werden. Von einer Jury wurde das Projekt 2015 zu einem der zehn besten Auslandsprojekte des Ministeriums gewählt (Näheres dazu in dem Buch von Egon Theiner, *Sport für die Welt*, Wien 2015 – ist bei SADOCC kostenlos erhältlich). Am 21. November bedankte sich der frühere Präsident (und nunmehrige Vizepräsident) von SwimSA, Jace Naidoo, bei SADOCC mit den Worten: »*Let me take this opportunity to thank you for your support for the project ... [it] was a success and we were able to reach out to many children that would not have had the opportunity to swim.*« Ertrinken ist v. a. in ländlichen Gebieten eine häufige Todesursache von Kindern.

## Forum Südliches Afrika

**Donnerstag, 25. April 2019, 19.00 Uhr**

Ort: SADOCC, Favoritenstraße 38/Stiege 18/1, 1040 Wien

### Neue traditionelle Musik – ein Widerspruch?

Ein musikethnologischer Streifzug durch Malawi und Moçambique

**August Schmidhofer (Wien)**

Kulturelle Entwicklungen sind bekanntlich eng mit den sie umgebenden politischen und sozialen Verhältnissen verknüpft.

Dies läßt sich gut anhand eines Vergleichs musikalischer Traditionen in Malawi und Moçambique der 1960er Jahre und der Gegenwart zeigen.

August Schmidhofers Bestandserhebung,

z. T. den Spuren des Musikethnologen Gerhard Kubik folgend, dessen Forschungen in dieser Region bis 1962 zurückreichen, ergibt ein sehr unterschiedliches Bild für die beiden benachbarten Länder.

Gemeinsam ist ihnen jedoch die kreative Auseinandersetzung mit traditionellen Musik- und Tanzformen. Welche Ergebnisse dies zeitigt, wird in dem Vortrag an Beispielen präsentiert.

Dr. August Schmidhofer ist Assistenzprofessor am Institut für Musikwissenschaft der Universität Wien.

**Österreichische Namibia-Gesellschaft.** Die 10. ordentliche Generalversammlung fand am 26. Februar in Wien statt, in Anwesenheit der neuen namibischen Botschafterin, Nada Kruger, und des Vizepräsidenten des Dachverbands »Partner aller Nationen«, Karl Semlitsch. Unter den neugewählten Vorstandsmitgliedern befinden sich mit der ehemaligen Schuldirektorin aus Windhoek, Lydia Williams, und der aus dem Ovamboland stammenden UN-Angestellten Elise Ratschmann erstmals zwei namibische Frauen.

Im Anschluß an den vereinsrechtlichen Teil fand eine interessante Diskussion mit Botschafterin Kruger und dem bisherigen Chargé d'Affairs Paul Shihengo über aktuelle Fragen der namibischen Wirtschaftsentwicklung statt. Nada Kruger, die bereits Anfang der 2000er Jahre an der Botschaft in Wien gewesen tätig war, betonte die Wichtigkeit bilateraler Beziehungen gerade vor dem 2020 bevorstehenden 30. Jahrestag der namibischen Unabhängigkeit und unterstrich die wichtige Rolle von Freundschaftsgesellschaften zur Völkerverständigung.

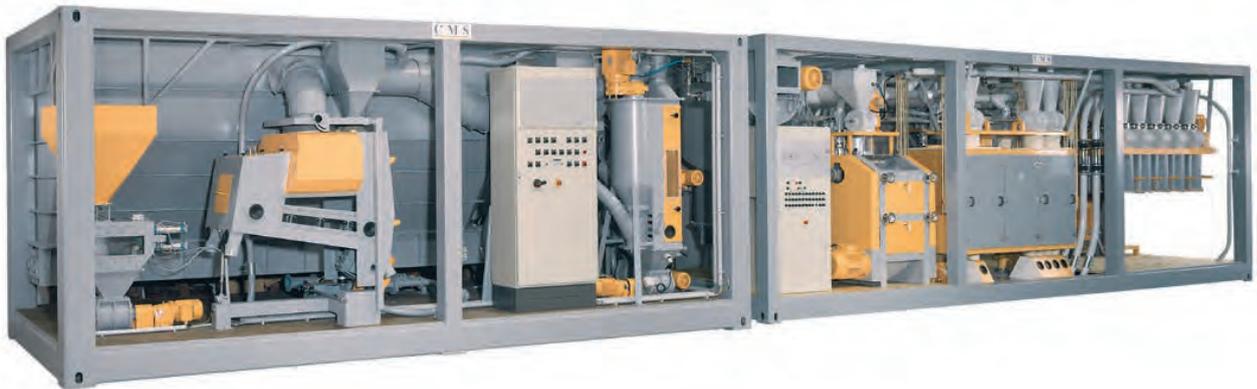
# IMPRESSIONEN AUS Malawi von Kerstin Lahr



Österreichische Post AG  
Info.Mail Entgelt bezahlt

Verlagsadresse:  
1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1



# CMS

## Compact Milling Systems AUSTRIA

### **Fa. Compact Milling Systems G.m.b.H.**

Hauptstrasse 26, 3820 Raabs/Thaya

Tel.: +43-2846-370 · Fax: + 43-2846-370-8 ·

office@cms-milling.com · www.cms-milling.com

CMS – Kompakte Getreidemöhlen arbeiten nach einem innovativen, patentierten Vermahlungsprinzip. Sie produzieren hochwertige Mehle bei bester Ausbeute und bestechen durch überzeugende Vorteile:

- Einfaches, schnelles Verfahren: Das patentierte Kurzmahlverfahren erfordert kein hochqualifiziertes Personal!
- Betriebsbereit: Die gesamte Einheit wird vorgefertigt und bereits in Österreich Probegefahren.
- Flexibel: Das CMS-Mühlensystem erlaubt die Vermahlung von Weizen, Roggen, Mais, Sorghum, Hirse, etc. mit ein und derselben Ausrüstung!
- Eigenes Schulungs- und Entwicklungszentrum.
- After Sales Service und Turn-key Planungen von erfahrenen Experten!